

Wasser in der afrikanischen Entwicklungspolitik - Herausforderungen und Ambivalenzen

Ungeachtet vielfältiger entwicklungspolitischer Strategien und Maßnahmen auf dem afrikanischen Kontinent leidet die Bevölkerung in weiten Teilen seit Generationen unter einer anhaltenden Wasserknappheit. Afrika gilt in entwicklungspolitischen Institutionen derweil als Problemfall: ökonomische Unterentwicklung und schlechte Regierungsführung trafen hier auf vermeintlich insuffiziente Wasservorkommen. Dass im überwiegenden Teil des Kontinents grundsätzlich ausreichend natürliche Ressourcen für eine nachhaltige Nutzung verfügbar sind und zahlreiche Staaten in der Vergangenheit vielfältige Anpassungsprogramme der Geberinstitutionen erfolgreich umsetzen konnten, scheint allerdings wenig an der landläufigen Wasserarmut zu ändern, noch in entwicklungspolitischen Diskursen angemessen Widerhall zu finden. Hier dominieren Auffassungen, wonach die ohnehin knappen Ressourcen einer korrupten sowie ineffizienten Staatsführung zum Opfer fallen. Zwar erschweren klimatische Bedingungen zweifelsohne mancherorts ein nachhaltiges Wassermanagement - wobei der anthropogene Klimawandel diese Tendenzen in Zukunft voraussichtlich verstärken wird. Zugleich verhindern Korruption, gewaltsame Auseinandersetzungen oder marode Infrastrukturen in einigen Fällen eine effiziente Verwaltung des Wassers. Diese populären Erklärungsansätze zeichnen jedoch nicht nur ein tendenziöses Bild Afrikas, in dem der Kontinent als unterentwickelt und chaotisch pauschalisiert wird. Auch simplifizieren monokausale Diagnosen ein komplexes Geflecht aus materiellen sowie diskursiven Wirkungszusammenhängen, welches sich auf den afrikanischen Wassersektoren spannt.

Um die Gründe für Afrikas Wasserarmut adäquater fassen zu können, dürfen der komplexe und kontroverse politische Charakter von Wasser sowie seine vielfältigen ökologischen und ökonomischen Verwendungszwecke daher ebenso wenig vernachlässigt werden, wie die Auswirkungen einer finanzkräftigen und personalintensiven Entwicklungspolitik auf dem Kontinent. Schließlich wird Afrikas sozioökonomische und politische Landschaft seit über einem halben Jahrhundert entscheidend durch entwicklungspolitische Institutionen, Maßnahmen und Diskurse geprägt.

Dabei lenken - schematisch betrachtet - zwei Zielorientierungen die entwicklungspolitische Praxis: Einerseits operiert die Entwicklungspolitik in Gestalt humanitärer Hilfe, um der Bevölkerung ein

menschenwürdiges Leben unter den Bedingungen guter Regierungsführung zu ermöglichen und langfristig eine soziale sowie ökologisch nachhaltige Entwicklung anzuregen.

Gleichzeitig wird vehement darauf hin gearbeitet, Wirtschaftswachstum in den Ländern Afrikas zu initiieren und absolute Armut langfristig durch Wohlstandsgenerierung zu reduzieren. In dieser Perspektive wird seit jeher ökonomisches Wachstum mit erfolgreicher Entwicklung sowie Armutsbekämpfung gleichgesetzt. Verfechter dieser hegemonialen Narrative sehen in ökonomischer Entwicklung zudem die notwendigen Voraussetzungen für die Machbarkeit ökologischer Nachhaltigkeit. Der Erhalt natürlicher Ressourcen wird auf diese Weise im Horizont wirtschaftlicher Effizienz interpretiert.

Als die Staaten Afrikas von multilateralen Entwicklungsinstitutionen vielerorts angehalten wurden, ihre städtische Wasserver- und entsorgung zu privatisieren, konnte man Materialisierungen solcher Diskurse beobachten. Wenn, wie in Äthiopien, dem Sudan oder Somalia, große Agrarflächen an Investoren verpachtet werden, um dort Biomasse zur Herstellung von Agrotreibstoffen oder Tomaten und Schnittblumen für den Exportmarkt anzupflanzen, geschieht dies unter Bezugnahme auf jene ursächliche Verknüpfung zwischen Wachstum und Entwicklung.

Ähnlich verhält es sich auch im Hinblick auf Staudammprojekte: Obwohl die Umsiedlung lokaler Bevölkerungen, die Veränderung von Flussläufen sowie das Anstauen großer Wassermengen nachweislich zahlreiche soziale und ökologische Probleme nach sich ziehen und die Auswirkungen grenzüberschreitend spürbar sind, wird man dennoch nicht müde, die Notwendigkeit solcher Vorhaben für die Entwicklung des Kontinents zu betonen. Da wirtschaftlicher Fortschritt wie auch die Bewässerung von Agrargroßflächen eines belastbaren Elektrizitätshaushalts, bzw. einer verlässlichen Wasserversorgung bedürfen, wurden in den vergangenen Jahrzehnten zahlreiche solcher Projekte in afrikanischen Staaten verwirklicht.

Vergleichbar wird beispielsweise argumentiert, wenn zur Intensivierung des Tourismus im wirtschaftsstarken, aber relativ wasserarmen Südafrika die Bewässerung von über 500 Golfplätzen gesichert werden kann, obwohl der hohe Wasserverbrauch des Landes längst grenzüberschreitende Ressourcenvorkommen überstrapaziert. Die Wasserhaushalte der Nachbarstaaten sind in der Folge ohne eigenes Zutun bereits erheblich belastet. Indessen steht den ärmsten Bevölkerungsschichten Südafrikas vielerorts nicht ausreichend Trinkwasser zur Verfügung; die Hoffnungen auf positive trickle-down Effekte einer wachsenden Tourismusindustrie haben sich also bis dato nicht erfüllt.

Mittlerweile belegen die eindrucksvollen wirtschaftlichen Wachstumsraten in Ländern wie

Äthiopien, Sierra Leone oder Mosambik in deutlichem Kontrast zu den hiesigen humanitären Problemen unmissverständlich, dass eine wirtschaftsfixierte Entwicklungspolitik nicht zwangsläufig belastbare Fortschritte in der Armutreduktion zur Folge haben muss; eine Kausalität zwischen ökonomischer Progression und einer allgemeinen Verbesserung der Lebensumstände ist folglich nicht nachweisbar.

Dass dennoch in der Debatte um die Wasserknappheit Afrikas abseits von monokausalen Erklärungsmustern und der Dominanz entwicklungspolitischer Handlungszwänge originär afrikanische Handlungsalternativen fehlen, kann auch als Resultat der diskursiven Hegemonie aufholender, wirtschaftlicher Entwicklung im internationalen Entwicklungsdiskurs interpretiert werden. Denn da neoliberale Wachstumshoffnungen ebenso wie eine profitable Anbindung an den Weltmarkt für den überwiegenden Teil der afrikanischen Staaten ohne Hilfe von Außen kaum zu verwirklichen sind, bleiben die Regierungen fast ausnahmslos von den finanziellen Zuwendungen der Geberinstitutionen abhängig. Diese haben ihre Kreditvergabe wiederum an wachstumsorientierte Strukturanpassungen geknüpft; entsprechend wenig Raum bleibt für umfassende, divergente Handlungsentwürfe. In der Konsequenz erscheint die afrikanische Wasserpolitik auch aus einer Binnenperspektive oftmals alternativlos.

So werden nach wie vor in weiten Teilen der entwicklungspolitischen Öffentlichkeit die ökologischen und sozioökonomischen Aspekte der Inwertsetzung der Ressource Wasser kaum thematisiert. Die Diskurse vernachlässigen dabei Widersprüche, welche der ökonomisch orientierten Nutzung durch den Menschen grundlegend inhärent sind: Neben der Rolle als basales Grundnahrungsmittel sowie der Notwendigkeit zum nachhaltigen Umgang, fungiert Wasser als Ressource in etlichen ökonomischen Produktionsprozessen. Angefangen bei dem Einsatz im Minen- und Bergbau oder der Erzeugung hydroelektrischer Energie, über den Gebrauch in der Textil- und Chemieindustrie, bis hin zur Verwendung in der Agrarwirtschaft wohnt Wasser ein bedeutsamer ökonomischer Wert inne.

Doch wo Wasser verbraucht oder verschmutzt wurde, kann es weder getrunken, noch für die einheimische Nahrungsmittelproduktion eingesetzt werden.

Notwendig erscheint demgemäß eine ganzheitliche Auseinandersetzung mit Wasser in der Entwicklungspolitik. Diese muss in erster Linie die Verflechtung vielfältiger Wirkungszusammenhänge sowie die negativen Konsequenzen einer ökonomischen Verwertung der Ressource angemessen berücksichtigen, anstatt Nachhaltigkeit und ökonomische Entwicklung weiterhin in voneinander getrennten diskursiven Sphären zu verhandeln. Wenn die

umweltschädlichen Maßnahmen der Entwicklungspolitik sich nur in den seltensten Fällen in verbesserten Lebensumständen der lokalen Bevölkerung widerspiegeln, sollte insbesondere der dominierende Wachstumsimperativ einer kritischen Reflektion unterzogen werden. Andernfalls wird eine humanitäre Entwicklungshilfe allenthalben versuchen, diejenigen Probleme zu beheben, welche andernorts durch eine wachstumsorientierte Strukturpolitik mitverursacht wurden. Dies kann nicht Aufgabe einer nachhaltig orientierten Entwicklungspolitik sein.